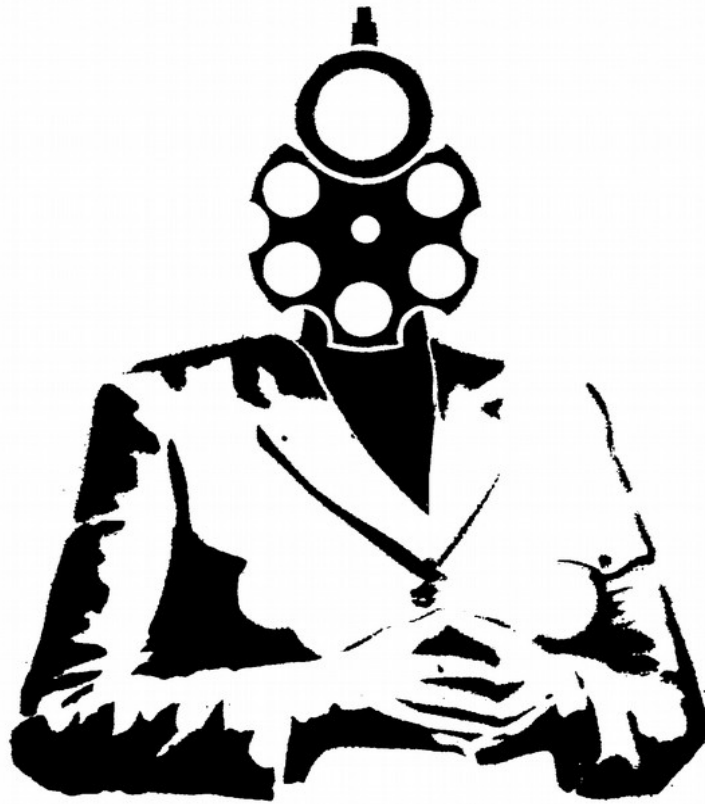


FRIEDENS JOURNAL

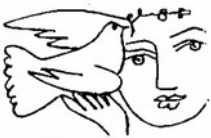


Deutsche Hegemonie in der EU



Grafik: Joachim Römer, Köln, www.unterblicken.de
(siehe Info auf Seite 2)

- Der Euro und die deutsche Dominanz in der EU
- Deutschland auf dem Weg zur militärischen Führung
- Bild-Zeitung im Krieg gegen Griechenland
- Griechenland: Die deutsche Reparationsschuld
- Kriegsverbrechen gegen die Bevölkerung im Jemen
- Deutsche Verantwortung: Fluchtbewegung aus dem Kosovo
- Syrien-Flüchtlinge durch Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Sept. – Okt. 2015/Nr. **5**

Inhalt

SCHWERPUNKT

Der Euro und die deutsche Dominanz in der EU 3

Medienkritik: Bild-Zeitung im Krieg gegen Griechenland 9

INTERVIEW

Deutschland auf dem Weg zur militärischen Führung in der EU 6

BRENNPUNKT

Deutsche Verantwortung: Fluchtbewegung aus dem Kosovo 12

Syrien-Flüchtlinge durch Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg 14

FRIEDENSBEWEGUNG

Positionspapier zur Rüstungskonversion 16

RUBRIKEN

Buchbesprechung: Griechenland am Abgrund – Die deutsche Reparationsschuld 8

„Eure Fabriken verursachen Flucht“ 10

Kriegsflüchtlinge? Wirtschaftsflüchtlinge? 13

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 6.9.2015

Die nächste Ausgabe erscheint am: 7.11.2015

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internet:

www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal

auch: www.friedensratschlag.de/?

Eigene_Publikationen:Friedensjournal

ISSN 2193-9233

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Lühr Henken,
Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-
Saefkow, Peter Strutyński, Horst Trapp, Ewald
Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822

Die Grafik der Titelseite wurde aus der im April 2015 für die Solidarität mit Griechenland gegründeten Zeitschrift faktenCheck:Hellas entnommen, von der mittlerweile die 5. Ausgabe in hoher Auflage erschienen ist.

Nähere Infos unter:
www.faktencheckhellas.org

Deutsche Hegemonie in der EU

Liebe Leserinnen und Leser,

die dramatischen Zuspitzungen der weltweiten Fluchtbewegungen haben jetzt dazu geführt, dass diese zum dominierenden innenpolitischen Thema geworden sind.

Die Ursachen für das sich täglich ausweitende Drama – in Bezug auf Deutschland als Fluchtziel - werden jedoch in den Mainstream-Medien nur sehr selten angesprochen, etwa das Anheizen des Krieges in Syrien, die Zerstörung Libyens, die maßgeblich von Deutschland mit verursachte Situation im Kosovo, das Ausbluten ganzer Länder durch die Ausplünderung ihrer Ressourcen durch EU-„Freihandels“-Zwangsabkommen, um nur einige Ursachen zu benennen.

Wir haben deshalb in dieser Ausgabe mehrere Beiträge zusammen gestellt, die sich speziell mit den Fluchtursachen beschäftigen. Es ist unsere Aufgabe in der Friedensbewegung, diese Ursachen in den breiten Diskurs einzubringen.

Ursprüngliche Schwerpunktsetzung für diese Ausgabe des Friedensjournals war die Thematisierung der immer erdrückender werdenden Dominanz der deutschen Politik in der EU, die sich in den zurückliegenden Monaten in deren erpresserischen Auseinandersetzung mit der Syriza-Regierung in Griechenland gezeigt hat. Diese Dominanz wird offenbar von großen Teilen der Eliten in zahlreichen Ländern weltweit akzeptiert bzw. auch positiv bewertet. Inwieweit Deutschland damit zum Gegengewicht der globalen US-Hegemonie wird oder dessen verlängerter Arm ist eine Frage, die auch künftig immer wieder kontroverse Diskussionen hervorrufen wird.

Der Beitrag von Lucas Zeise ist eine anschauliche Darstellung der Euro-Krise, die nur vor dem Hintergrund der dominierenden Rolle Deutschlands bei dem Euro-Konstrukt zu verstehen ist. Damit wird nicht nur die wirtschaftliche Dominanz Deutschlands in der Euro-Zone verständlich, sondern auch die aggressive Berliner Politik zur Euro-„Rettung“, die faktisch eher eine Insolvenzverschleppung darstellt.

Die wirtschaftliche Dominanz Deutschlands in der EU führt auch dazu, dass die Berliner Bestrebungen nach militärischer Führung innerhalb der EU auf Widerstand stoßen. Wir haben Sabine Lösung als Abgeordnete des EU-Parlaments dazu befragt.

Die Verantwortung Deutschlands für die zahlreichen Kriege, Bürgerkriege und humanitären Katastrophen liegt nicht nur in der Berliner Politik, die zusammen mit den USA bzw. der NATO die systematische Destabilisierung von Ländern wie Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien betrieben hat. Eine direkte Verantwortung liegt auch in den Rüstungsexporten bzw. der deutschen Rüstungsproduktion. Sehr anschaulich formulierte dieses kürzlich ein nach Deutschland geflohener Nigerianer in einem taz-Interview, das wir auf Seite 10 auszugsweise abgedruckt haben („Eure Fabriken verursachen Flucht“).

Neben Artikeln über Fluchtursachen aufgrund der Situation in den beiden exemplarischen Haupt-Herkunftsländern Syrien und (Serbien-)Kosovo haben wir auch einen Beitrag zur Situation im Jemen mit aufgenommen. In Jemen führt Saudi-Arabien mit US-Unterstützung einen Krieg gegen die Bevölkerung, der nach Auffassung des Autors Sebastian Range genozidale Züge trägt. Wohlgedenkt: Saudi-Arabien ist nach Definition der Berliner Politik ein „Anker der Stabilität“ im Nahen Osten und deshalb ein bevorzugtes Exportland für deutsche Rüstungsgüter.

Kampagnen aus der Friedensbewegung gegen deutsche Rüstungsexporte gibt es bereits seit längerem. Notwendig ist es aber, „den Sumpf trocken zu legen“, d.h. ein Ende der Rüstungsproduktion zu fordern. Der Bundesausschuss Friedensratschlag hat dazu zusammen mit der Kooperation für den Frieden ein Positionspapier erarbeitet, das speziell vor dem Hintergrund anstehender Gewerkschaftstage der IG Metall und ver.di gute Argumente beinhaltet, mit denen eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften zur Rüstungskonversion (re-)aktiviert werden kann.

Auch in der Flüchtlingsfrage gilt es, Problemursachen in den Diskurs einzubringen

Die Redaktion

Der Euro und die deutsche Dominanz in der EU

von Lucas Zeise, Finanzjournalist, Frankfurt a.M.

„Die Eurokrise ist noch nicht beendet“, sagen Mario Draghi und Angela Merkel. Der Chef der Europäischen Zentralbank und die Chefin der Bundesregierung, die beiden politisch mächtigsten Figuren in Euro-Europa, haben mit dieser, von ihnen häufig wiederholten Aussage Recht. Und weil der Euro die Währung der EU ist, ist es auch eine Krise der EU. Der Euro wird scheitern. So wie diese Währungsunion konstruiert wurde, kann sie nicht funktionieren. Die Fliehkräfte ökonomischer und politischer Art werden noch zunehmen.

Langfristige deutsche Interessen

Ohne Frage hat das deutsche Kapital ein überragendes Interesse an der Währungsunion, weil

- sie den großen Absatzmarkt Europa erst herstellt.
- sie die Verwertungsbedingungen in vielfältiger Weise verbessert.
- sie die Macht- und Verhandlungsposition gegenüber den USA verbessert.

Der einheitliche und wirklich hindernisfreie Markt ist dabei das wichtigste und grundlegende Ziel. Ein solcher Markt setzt eine gemeinsame Währung voraus, über die normalerweise nur Nationalstaaten verfügen. Bevor es den Euro gab, mussten deutsche Exporteure mit einer Abwertung in anderen Ländern Europas rechnen und gelegentlich auch damit fertig werden. Mit solchen Abwertungen schützten die schwächeren Länder wie Italien, Spanien, Portugal, Großbritannien und früher auch Frankreich ihren heimischen Markt vor der Konkurrenz stärkerer Kapitale (vor allem Deutschlands). Alle deutschen Regierungen haben seit dem Ende der Dollarbindung in den frühen 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts feste Wechselkurse in Europa angestrebt. Es ist eine Konstante deutscher Außenpolitik, einen Binnenmarkt Europa (unter deutscher Kontrolle und zu deutschen Bedingungen) zu schaffen.

In einem wirklich schrankenlosen Binnenmarkt gilt: der Starke wird stär-

ker, der Schwache schwächer. Es setzt sich der mit den günstigsten Ausgangsbedingungen durch. Und so geschah es in Euroland. Die leistungsstarken deutschen, niederländischen, zum Teil französischen Kapitalisten profitierten von der Währungsunion. Sie verdrängten die schwachen Kapitalisten auf deren traditionellen, nun ganz offenen Heimatmärkten. Das drückte sich seit Beginn der Währungsunion im rasant wachsenden Leistungsbilanzüberschuss in Deutschland sowie in entsprechenden Defiziten vorwiegend in den früheren Schwachwährungsländern Italien, Spanien, Portugal und Griechenland aus.

Währungsunion mit Konstruktionsfehlern

In einem normalen einheitlichen Währungsraum, der mit einem Staatsgebiet identisch ist, sorgen gemeinsame staatliche Institutionen dafür, dass schwache Regionen nicht völlig ausbluten. Die wichtigste Institution ist das gemeinsame Steuersystem, die zweitwichtigste ein gemeinsames soziales Sicherungssystem, die dritt wichtigste eine flächendeckende Verwaltung. In der Summe sorgen diese staatlichen Institutionen dafür, dass Transfers von den Überschuss- zu den Defizitregionen fließen.

Die entscheidende Bedingung des deutschen Kapitals für eine europäische Währungsunion (EWU) lautete: keine staatlichen Transferleistungen, d.h. anders als die 1990 mit satten Transferzahlungen organisierte Währungsunion mit der DDR. Im Vertrag von Maastricht (1992) jedenfalls wurde die staatsarme und transferfreie EWU festgelegt. An die Stelle von staatlicher Regulierung tritt dabei der "Wettbewerb". Zugleich wurde die gegenseitige Haftung für die Schulden anderer explizit ausgeschlossen. Und um die Konkurrenz zu befördern, gilt als oberstes und nachgerade heiliges Prinzip die Freiheit des Kapitalverkehrs. Den damaligen Konstrukteuren des Euro musste bewusst sein, dass die gemeinsame Währung nicht zu einem Zusammenwachsen der EU-Länder, sondern

zu divergierender Entwicklung führen würde.

Konkurrenz statt Staat

Warum haben die Kapitalisten der Schwachwährungsländer und ihre Regierungen durch die Teilnahme an der Währungsunion ihren Heimatmarkt dem Zugriff der starken deutschen Exporteure ausgeliefert? Die Antwort lautet, dass auch sie einen Vorteil davon hatten. Sie verfügten mit einem Mal über eine Weltwährung. Das ist kein Prestige-Titel sondern ein handfester Finanzierungsvorteil. Vor der Währungsunion waren die Zinsen für Kredit aufnehmende italienische, spanische und portugiesische Kapitalisten viel höher als für deutsche, als Absicherung gegen Abwertungen von „schwachen“ Währungen.

Sobald klar war, welche Länder zu welchen Konditionen am Euro teilnehmen würden, gingen die Zinsen in den alten Abwertungsländern sofort und dramatisch zurück. In den Anfangsjahren des Euro strömte sehr viel Kapital in diese Länder. Portugal, Spanien, Italien und auch Griechenland, das erst ein Jahr später als die anderen zum Euro zugelassen wurde. Umgekehrt verließ damals viel Kapital Deutschland, das zum Schlusslicht und Nachzügler Europas wurde. Die 'längste Stagnationsperiode der Nachkriegszeit' (2001 bis 2005) nutzten die Arbeitgeberverbände und die Presse zu einer Kampagne gegen den angeblich 'verkrusteten Arbeitsmarkt'. Er vertreibe angeblich das Kapital ins profitablere Ausland, wurde überall gesagt und geschrieben. Die Regierung Schröder zeigte sich willig, sie verschärfte den Restriktionskurs, senkte die Unternehmenssteuern, betrieb mit der Agenda 2010 den Abbau von Sozialleistungen und vor allem massive Reallohnensenkungen. Die Verwertungsbedingungen des deutschen Kapitals verbesserten sich damit. Der ohnehin bestehende Exportüberschuss stieg weiter, ganz besonders im Verhältnis zu den Euroländern, die sich günstig verschulden konnten. In Südeuropa war die Anfangsphase des Euro angenehm. Das

vor allem aus Deutschland stammende Kapital regte das Wachstum an. In Spanien blühten Bauwirtschaft und Banken. Die Mittelmeerküste wurde zugebaut. Anders als in Deutschland belebte sich auch der Konsum. Es stiegen auch die Steuereinnahmen, weil die Löhne ebenfalls stiegen.

Die Ungleichgewichte in der Eurozone bauten sich damals auf. Sie waren auch sichtbar, abzulesen in den negativer werdenden Leistungsbilanzen der Südeuropäer und dem gewaltigen Überschuss in Deutschland.

Foto: Polizeiabsperungen vor dem EZB-Gebäude in Frankfurt a.M. anlässlich der Blockupy-Proteste am 18.3.2015
Quelle: Arbeiterfotografie.com / Peter Betscher



Man konnte auch erkennen, dass die Inflationsrate in Südeuropa höher als in Deutschland war. Die Europäische Zentralbank (EZB) führte das richtigerweise auf das höhere Wachstum in den Südländern zurück. Weder die EU-Kommission noch die EZB warnten aber davor, dass der Kapitalfluss aus dem Überschussland Deutschland die Defizite im Süden nicht auf Dauer und jedenfalls nicht in wachsendem Maße finanzieren würde.

Finanzkrise 2007 als Krisenbeschleuniger

Vermutlich wäre all das noch ein paar Jahre so weiter gelaufen, hätte nicht im Sommer 2007 die große Finanzkrise eingesetzt. Durch sie wandelte sich der weltweit herrschende Überfluss an Anlage suchendem Kapital in Kapital- und Liquiditätsmangel. Die für das Funktionieren des Kapitalismus zuständigen Staaten brachten

gegen die absackende Nachfrage große Konjunkturprogramme in Stellung, sie stützten mit Hunderten Milliarden Dollar, Euro, Pfund, Franken ihre Banken. Ihre Notenbanken pumpten Geld ins Finanzsystem. Die riesige aufgeblähte private Verschuldung wurde auf die Staaten überschrieben oder überwältigt. So ist es kein Wunder, dass die Bereitschaft der Kapitalisten nachließ, den schwächeren unter diesen Staaten Kredit unter den günstigen Konditionen wie bisher zu geben. Als im Herbst 2009 Griechenland in Fi-

pleitegeht und aus dem Euro aussteigt. Sie gewähren dem Land Kredit zu nur unwesentlich weniger günstigen Bedingungen als dem deutschen Zentralstaat. Vor 2009 galt Ähnliches auch für Euroland.

Krisengewinnler Deutschland

Als im September 2009 der frisch gewählte Ministerpräsident Griechenlands, der Pasok-Chef Giorgos Papandreou, öffentlich erklärte, die Schulden des griechischen Staates seien erheblich höher, als es die Vorgängerregierung der konservativen 'Nea Demokratia' offiziell erklärt und nach Brüssel gemeldet hatte, nahmen die Großspekulanten am Finanzmarkt das zum Anlass, zu testen, ob die nicht vorgesehene, aber dennoch vermutete Gesamthaftung auch galt. Griechische Staatsanleihen wurden verkauft. Entsprechend stiegen ihre Renditen. Zunächst langsam, dann im Frühjahr 2010 schneller. Auch die Renditen der Staatsanleihen anderer Euro-Länder stiegen, wenn auch nicht ganz so stark wie die griechischen. Im Mai 2010 erreichten die Renditen langfristiger griechischer Staatsanleihen zwölf Prozent. Das Land trieb damit der Pleite zu.

In der Frühphase dieser Krise hätten Deutschland und die anderen Eurostaaten durch einen Kredit oder auch nur eine Garantieerklärung eine relativ billige Lösung für das Problem finden können. Die Bundesregierung, auch damals schon unter Merkel, tat nichts dergleichen, sondern heizte durch öffentliche Erklärungen die Spekulation gegen die Staatsanleihen der Partnerländer noch an.

Euro-Verträge als Alibi für Griechenland-Politik

Im Wahlkampf von Nordrhein-Westfalen führte Merkel, die CDU und die Bild-Zeitung eine gemeinsame Kampagne durch mit dem Inhalt, die Euro-Verträge verböten geradezu eine derartige Hilfestellung für Griechenland. Das war, wie alle Beteiligten wussten, nichts als Unsinn. Die sogenannte 'No-Bail-out-Klausel' besagt nur, dass kein Staat für die Schulden eines anderen haftet. Im Übrigen wurde das erste Kredithilfspaket sofort nach der Landtagswahl noch im Mai

für Griechenland beschlossen. Es wäre falsch, das Anheizen der Finanzkrise um die Staatsanleihen der Euro-Partner-Länder nur auf innenpolitische Motive des Stimmenfangs zurückzuführen. Mindestens ebenso wichtig ist den in Deutschland herrschenden Kapital- und Regierungskreisen, die relative ökonomische und politische Machtposition Deutschlands durch die Krise zu erhöhen. Der erhebliche Zinsabstand zwischen den einzelnen Eurostaaten sorgt für einen erheblichen ökonomischen Vorteil. Denn nicht nur der deutsche Staat profitiert davon, dass er weit weniger Zinsen zu zahlen hat als die anderen Staaten. Wichtiger ist noch, dass auch das deutsche Industrie- und Bankkapital weniger Zinsen zahlt und damit erhebliche Kostenvorteile hat. Deutschland wurde zum Krisengewinnler. Die Wucht dieser Krise dürfte allerdings in Berlin unterschätzt worden sein.

Krisenprogramme: Bankenstatt Euro-Rettung

Bis 2013 wurden mehrere Krisenprogramme in die Wege geleitet, die eine Größenordnung von etwa einer Billion Euro erreichten. Griechenland wurde von diesen 'Hilfs'-Programmen mehrmals erwischt. Betroffen waren außerdem Irland, Portugal, Spanien, Zypern, Slowenien und fast auch noch Italien. Es ging in all diesen Fällen, ganz besonders aber in Irland, Spanien und Zypern um die Stützung der Banken. Außerdem wurde mit der Geldzufuhr sichergestellt, dass die Altgläubiger der Staaten Zins und Tilgung erhielten, der normale Mechanismus der Ablösung alter Schulden durch neue also formal nicht unterbrochen wurde. 2012 spitzte sich die Lage derart zu, dass die Euro-Zone insgesamt zu wackeln begann. Zwei Maßnahmen sorgten dann für eine leicht entschärfte Lage. Erstens signalisierte der damals noch neue EZB-Präsident Draghi, dass die Zentralbank bereit sei, unbegrenzt ('whatever it takes') selbst geschöpftes Geld zur Stützung der Staatsanleihen am Finanzmarkt einzusetzen. Zweitens erklärte sich die Bundesregierung bereit, einer Bankenunion in Euroland zuzustimmen, was einer Vergemeinschaftung der bis dato einzelstaatlich betriebenen Bankenstützung gleichkam.

Die Krisenprogramme haben den Charakter der Währungsunion sowie der EU insgesamt verändert. Hatten wir es vorher mit einem Vertrag formell gleichberechtigter Staaten zu tun, ist nun vorrangig ein Gläubiger-Schuldner-Verhältnis an seine Stelle getreten. Es gibt Staaten dritter Ordnung, deren Regierungen keine eigenständige Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben können. Sie wird stattdessen von den drei Institutionen, der so genannten Troika, bestehend aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der EZB und der EU-Kommission, bestimmt und überwacht. Es gibt Staaten zweiter Ordnung. Das sind Staaten, die ohne Rettungsprogramme auskommen, aber gezwungen sind, sie mitzufinanzieren. Und es gibt den Staat erster Ordnung. Das ist Deutschland, dessen Regierung weitgehend die Politik bestimmt, weil es als bei weitem größter Gläubiger ein Vetorecht hat.

Traditionelle IWF-Methoden nur bedingt wirksam

Die Krisenprogramme für die Schuldnerstaaten sind keine Erfindung der Europolitiker, sondern finden nach einem lange erprobten Muster statt. Es sind die Methoden des IWF, der seit dem 2. Weltkrieg sehr viele Staaten – vorwiegend Entwicklungsländer – durch Spar- und Umschuldungsabkommen wieder auf den Weg der Kreditfähigkeit geführt hat. Oft wird dabei eine Umschuldung arrangiert. Das ist ein vornehmer Ausdruck dafür, dass die Gläubiger auf einen Teil ihrer Ansprüche verzichten. Zugleich wird dem Land ein meist radikales Austeritätsprogramm auferlegt, dessen wichtigster Bestandteil Lohnsenkungen und radikale Kürzung von Staatsausgaben ist. Einen Gutteil der Lohnkürzung übernimmt meist der Devisenmarkt, der die Währung des Landes abwertet, wodurch die Löhne im internationalen Vergleich sinken und die Einfuhr gedrosselt wird, weil die Bewohner sich die teurer gewordenen Waren aus dem Ausland nicht mehr leisten können. All das, so die Theorie und leider meist auch die Praxis, lockt das Kapital wieder an, so dass die Wirtschaft wieder einigermaßen wächst. Im Frühjahr 2010 sorgte Kanzlerin Merkel persönlich dafür, dass die in diesen Dingen erfahrene Instituti-

on IWF bei der 'Rettung' Griechenlands mit dabei war.

Ein Umstand war aber anders als üblich: die Tatsache nämlich, dass die Währung Griechenlands, der Euro, nicht abgewertet werden konnte. Entsprechend radikal fielen die Kürzungen bei den Löhnen, den Sozialleistungen, den übrigen Staatsausgaben und den verordneten Privatisierungen aus. Die Wirtschaftsleistung Griechenlands ist seit Beginn der Krise um ein Viertel eingebrochen, die Arbeitslosigkeit auf 25 Prozent gestiegen. Das vorgebliche Ziel der Sanierer, die Rückführung der Verschuldung wurde weit verfehlt. Bei schrumpfender Wirtschaft stieg die Staatsverschuldung auf 180 Prozent, bezogen auf das BIP (Bruttoinlandsprodukt). In den anderen am Finanzmarkt nicht mehr kreditfähigen Ländern ist die Lage kaum besser. Gebessert haben sich in allen Ländern, die mit dem Austeritätsprogramm überzogen worden sind, die Leistungsbilanzen. Denn der Import ist geschrumpft. Das bereits als Wiederherstellung der propagierten 'Wettbewerbsfähigkeit' der tief in die Krise gestürzten Länder zu bezeichnen, wäre allerdings kühn. Es lässt sich allenfalls eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau konstatieren, was man Stagnation und Depression nennen sollte.

Griechenland: Nur der Gipfel des Eisberges

Die Euro-Krise und die Antwort der EU-Regierungen darauf, die aus einer verschärften Austeritätspolitik besteht, hat den gesamten Kontinent, einschließlich der Nicht-EU-Staaten, zu derjenigen Region des Globus gemacht, in der die weltweite Überproduktionskrise sich am härtesten auswirkt. Politisch bleibt das nicht ohne Wirkung. Griechenland ist nur das deutlichste Beispiel. In allen Ländern Europas verliert das EU-Projekt Anhänger. Die Konzentration der politischen Macht führt in Kombination mit dem ökonomischen Schaden, den das Euro-Regime anrichtet, dazu, dass sich nicht nur die Lohnabhängigen abwenden, sondern auch die Bourgeoisien. EU und Euro werden nicht nur von links, sondern auch von rechts in Frage gestellt. Sie werden vermutlich entlang nationaler Interessen zerreißen.

Deutschland auf dem Weg zu militärischer Führung in der EU

Interview mit Sabine Lösing, Mitglied des Europäischen Parlaments



FJ: Es gab bereits vor Jahrzehnten das geflügelte Wort: Deutschland ist ein wirtschaftlicher Riese, aber ein politischer Zwerg. Wird diese Sichtweise der politischen Klasse mittlerweile auf die EU übertragen, erweitert mit einem militärischen Minderwertigkeitskomplex?

Der Spruch wurde ja auch explizit vor Langem vom damaligen belgischen Außenminister Mark Eyskens auf die Europäische Union gemünzt, als er sagte: „Europa ist ein wirtschaftlicher Riese, ein politischer Zwerg und, was noch schlimmer ist, ein militärischer Wurm, wenn es keine eigenständige Verteidigungsfähigkeit entwickelt.“ Hierbei scheint es sich auch und gerade heutzutage um die dominierende Denkfigur innerhalb der EU-Entscheidungsträger zu handeln: Nur mit einem möglichst schlagkräftigen Militärapparat sei es möglich, sich auf der internationalen Ebene als Weltmacht positionieren zu können. Die stärkere Zusammenlegung der einzelstaatlichen Militärkapazitäten, perspektivisch dann sogar der Aufbau einer EU-Armee, wird hierfür – zumindest in Teilen – als der „beste“, oft sogar als der einzig gangbare Weg erachtet.

FJ: In der Debatte um eine EU-Armee ist viel von "Pooling & Sharing" die Rede. Gejammert wird über die Ineffizienz von parallelen Rüstungsvorhaben in EU-Mitgliedsländern. Inwie-

weit trifft dieses tatsächlich zu und welche Relevanz hat das bei Debatten um die generelle Höhe von Rüstungsausgaben?

Zunächst einmal zu dem Katzenjammer von Politik, Militär und Rüstungsindustrie über die angeblich drastisch gesunkenen Rüstungsausgaben – das ist Quatsch! Ein Blick auf die Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes (SIPRI) zeigt, dass die Gesamtausgaben aller EU-Mitgliedsländer im Jahr 2013 (279,40 Mrd. Euro) immer noch über dem Niveau von 2000 (270,17 Mrd. Euro) liegen. Selbst wenn die Inflation und einige andere Aspekte berücksichtigt werden, kann hier von dem viel behaupteten Kahlschlag keine Rede sein – zumal zahlreiche EU-Länder, darunter etwa Frankreich, Polen und die Niederlande, für die nächsten Jahre substanzielle Steigerungen angekündigt haben. In diesem Zusammenhang ist Deutschland ein besonders krasser Fall: Hierzulande stieg der Militärhaushalt von (umgerechnet) 23,18 im Jahr 2000 auf etwa 33 Mrd. Euro im Jahr 2015 an. Selbst inflationsbereinigt handelt es sich hier um eine nahezu 25%ige Steigerung! Darüber hinaus wurde im „Eckwerte-Papier“ des Finanzministeriums im Frühjahr festgelegt, dass der der Etat 2016 auf 34,2 Mrd. Euro und dann bis 2019 auf 35 Mrd. Euro anwachsen soll.

Natürlich geht es bei der Debatte um die scheinbar sinkenden Militärausgaben nicht zuletzt darum, mehr Akzeptanz für höhere Rüstungsausgaben zu schaffen. Doch entscheidend scheint mir auch, dass das Ganze darüber hinaus zumeist auch noch mit einem flammenden Plädoyer verknüpft wird, „Pooling & Sharing“, die gemeinsame Anschaffung und Nutzung von Militärgerät, voranbringen zu müssen. Vor allem mittels europaweiter statt einzelstaatlicher Beschaffungsprogramme sollen künftig höhere Auftragsmargen und dadurch niedrigere Stückpreise erreicht werden. Als Resultat verspricht man sich dadurch eine größere militärische Schlagkraft pro investiertem Euro – so jedenfalls

das Kalkül. Hierüber sollen sich laut einer Studie des wissenschaftlichen Dienstes des EU-Parlaments namens „Cost of Non-Europe Report“ mindestens 26 Milliarden Euro, möglicherweise sogar bis zu 130 Mrd. Euro pro Jahr einsparen lassen, die dann in mehr Rüstungsgüter investiert werden könnten. Aus diesem Grund steht dieses Vorhaben derzeit weit oben auf der Agenda. So schreiben etwa die Regierungsberater der „Stiftung Wissenschaft und Politik“: „In den verteidigungspolitischen Kommuniqués von Nato und EU gilt Pooling und Sharing (P&S) derzeit als technokratische Wunderwaffe gegen drohende militärische Handlungsunfähigkeit.“

Abseits davon, dass mehr Militärkapazitäten aus meiner Sicht per se keinen Gewinn darstellen, halte ich es aber auch für äußerst fraglich, ob sich die prognostizierten Kosteneinsparungen überhaupt realisieren lassen werden. Wenn es insgesamt weniger Rüstungsaufträge mit größeren Stückzahlen geben wird, wird dies nahezu unweigerlich zu Konzentrationsprozessen in der EU-Rüstungsindustrie führen – und das ist politisch auch so gewollt. Von der Bildung weniger Rüstungssuperkonzerne nach dem Vorbild von Airbus, sogenannten Eurochampions, verspricht man sich die angesprochenen Kostensenkungen, die ich aber beim besten Willen nicht erblicken kann. Denn solche Unternehmen verfügen über eine marktbeherrschende Stellung und es ist geradezu blauäugig zu glauben, sie würden ihre Verhandlungsmacht beim Käufer – den EU-Staaten – nicht ausspielen, indem sie dann die Preise diktieren.

FJ: Die jüngste Fusion der deutschen und französischen Rüstungsschmieden KMW und Nexter wirft sicherlich mehrere Fragen auf: Geht es neben den offensichtlichen wirtschaftlichen Interessen mit vereinfachten Rüstungsexporten – bzw. Umgehung von deutschen Rüstungsexportkontrollen – auch um politische Interessen?

Ja, und diese politischen Interessen ergeben sich direkt aus der rüstungspolitischen Grundsatzrede von

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel vom Oktober 2014. Ihre Kernelemente flossen dann nahezu unverändert in das Anfang Juli 2015 verabschiedete „Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland“ ein. Darin geht es primär darum, die „Wettbewerbsfähigkeit“ der deutschen Rüstungsindustrie und damit ihre Exportchancen auf dem Weltmarkt zu „verbessern“. Da die nationalen Märkte und Auftragsmargen zu klein sind, um hier mit den großen Akteuren insbesondere aus den USA auf Augenhöhe konkurrieren zu können, sollen europaweite Fusionen Abhilfe schaffen. Im „Strategiepapier der Bundesregierung“ heißt es dazu explizit: „Die Bundesregierung setzt verstärkt auf eine europäische Zusammenarbeit bis hin zum Zusammengehen von in einzelnen Mitgliedstaaten ansässigen Unternehmen unter Wahrnehmung der nationalen Interessen. Die Bündelung technologischer Stärken wird die wirtschaftliche Bedeutung europäischer Projekte im internationalen Wettbewerb entscheidend erhöhen.“

Die Ende Juli 2015 angekündigte Fusion des deutschen Panzerbauers Krauss-Maffei Wegmann (KMW) mit seinem französischen Konkurrenten Nexter ist genau in diesem Zusammenhang zu sehen. Dadurch will man sich für den Konkurrenzkampf mit den Branchenriesen General Dynamics und BAE Systems „rüsten“. Dass sich hierüber die – ohnehin nicht allzu scharfen – deutschen Exportrichtlinien zugunsten der laxeren französischen Vorschriften aushebeln lassen, ist ein zusätzlicher Effekt, der die Fusion aus dieser Sicht attraktiv macht.

FJ: Die von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel bekundeten Absichten zur Begrenzung der Rüstungsexporte und das neue „Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland“ stehen offenbar im Widerspruch. Wie lässt sich dieses politisch durch die Friedensbewegung aufgreifen?

Zunächst einmal, indem sie aufzeigt, dass es sich hier leider in Wahrheit um gar keinen Widerspruch handelt. Sicher, in Gabriels bereits erwähnter rüstungspolitischer Grundsatzrede stecken allerlei Absichtsbekundungen,

die zu begrüßen sind. Schaut man jedoch genauer hin, so zeigt sich, dass er allenfalls Rüstungsexporte für einige Krisenregionen und hier nicht einmal für sämtliche Güter einschränken will. Der Großteil der deutschen Rüstungsexporte ist aus Gabriels Sicht völlig unproblematisch und soll sogar gefördert werden. Und genau hierfür kündigt er eine Art exportpolitische Flankierung für die Verteidigungsindustrie an: „Die Bundesregierung sollte die Industrie stärker als bisher in ihren Aktivitäten mit EU-, NATO- und NATO-gleichgestellten Ländern unterstützen. Die NATO hat 28 Mitgliedsstaaten. Sie geben zusammen 880 Milliarden Dollar für die Verteidigung aus. Hinzu kommen fünf EU-Länder, die nicht Mitglied der NATO sind – zusammen also 33 formale Bündnispartner. Auch Indien und Brasilien sind strategische Partner für Deutschland und Europa. In alle diese Demokratien mit ihren großen Volkswirtschaften und Verteidigungsetats kann die deutsche und die europäische wehrtechnische Industrie liefern.“ Und um hier „erfolgreich“ zu sein, plädiert auch Gabriel ebenso wie das spätere „Strategiepapier der Bundesregierung“ für europaweite Fusionen wie nun etwa im Falle von Nexter und KMW.

Erste Folgen zeichnen sich im Übrigen bereits ab: Die Exportgenehmigungen im ersten Halbjahr 2015 haben mit 6,35 Mrd. Euro schon fast den Gesamtwert des Vorjahres erreicht.

FJ: Inwieweit gibt es Vorbehalte gegen eine Integration von nationalen Militärverbänden auf EU-Ebene im Hinblick auf eine befürchtete Zunahme der deutschen Dominanz in der EU? Macht sich die Befürchtung breit, dass hinter „Brüssel“ in Wirklichkeit „Berlin“ steht – auch in militärischen Fragen?

Nicht zuletzt Frankreich und Großbritannien befinden sich in einer kniffligen Lage: Einerseits sind sie sich im Klaren darüber, dass ihre einzelstaatlichen Kapazitäten – auch im Militärbereich – nicht ausreichen, um global in der ersten Liga zu spielen – das geht nur im EU-Verbund. Andererseits müssten hierfür jedoch Kompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene verlagert werden, wogegen die Vorbehalte in beiden Ländern jedoch

immer größer werden. Der Grund hierfür ist relativ simpel: In den letzten Jahren ist es Deutschland gelungen, einen Großteil der Schlüsselpositionen innerhalb der EU entweder direkt oder über Mittelsmänner aus anderen Ländern – Stichwort Donald Tusk – zu besetzen. Im Wirtschaftsbereich, in dem eine solche Kompetenzübertragung an Brüssel im Gegensatz zur sogenannten „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) schon weit fortgeschritten ist, kann derzeit beobachtet werden, wie Deutschland seine Machtposition rigoros zur Durchsetzung seiner Interessen nutzt. Angesichts dessen hält sich die Begeisterung, ähnliche Schritte im Militärbereich zu unternehmen und damit Gefahr zu laufen, sich einem Deutschen EUropa unterordnen zu müssen, nachvollziehbarer Weise in engen Grenzen.

FJ: Welche Möglichkeiten bestehen im EU-Parlament, gegen die verstärkte EU-Militarisierung vorzugehen oder zumindest Öffentlichkeit herzustellen?

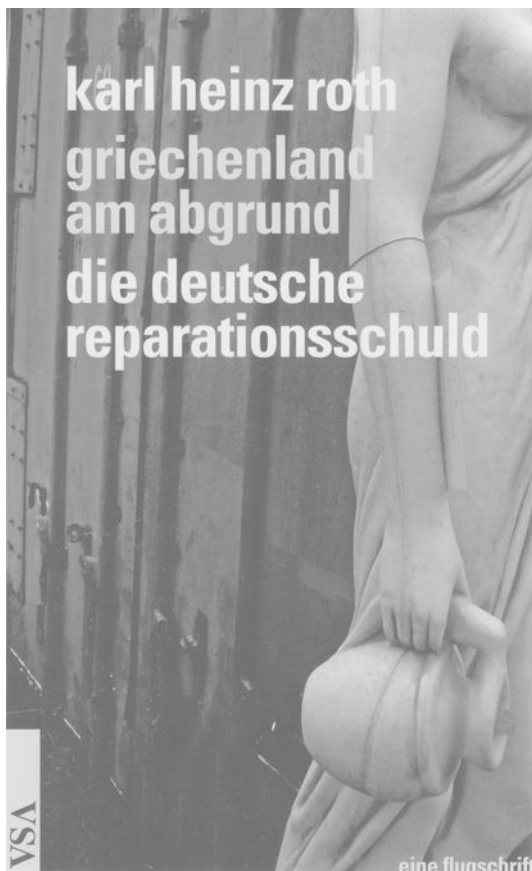
Da muss ich leider offen und ehrlich sagen, diese Möglichkeiten sind sehr begrenzt. Einmal, weil die meisten Kollegen im EU-Parlament diese Entwicklung ohnehin begrüßen. Und selbst wenn dies nicht der Fall wäre, sind unsere Einflussmöglichkeiten auf die GSVP im Wesentlichen auf Anhörungsrechte beschränkt. Erschwerend kommt nun auch noch hinzu, dass man dabei ist, die Axt an bislang vorhandene Kontrollbefugnisse auf nationaler Ebene anzulegen. Die sogenannte Ruhe-Kommission hat hierzu für Deutschland Mitte Juni 2015 Vorschläge präsentiert, mit denen wichtige EU-Einsatztypen – etwa Ausbildungsmissionen – der parlamentarischen Zustimmung entzogen werden sollen. Ironischerweise wird dies auch noch mit Pooling & Sharing begründet: Es brauche „Verlässlichkeit“, wenn man gemeinsames Militärmaterial anschaffen und benutzen wolle und deshalb könne es nicht angehen, dass nationale Parlamente über die Möglichkeit verfügen – und sei es nur theoretisch – Militäreinsätze abzulehnen. Hier handelt es sich leider um ein weiteres Beispiel, das zeigt, wie Militarisierung und Entdemokratisierung Hand in Hand gehen.

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

Deutsche Verantwortung: Viele offene Reparationsschulden

Karl-Heinz Roth: *Griechenland am Abgrund – Die deutsche Reparationsschuld – Eine Flugschrift*

VSA-Verlag, ISBN 978-3-89965-664-0, 94 Seiten, 9,00 €



Auszug aus dem Klappentext des Buches

Griechenland befindet sich am Rande einer humanitären Katastrophe. Es ist das zweite Mal in der jüngeren Geschichte Griechenlands, dass Deutsche als zentrale Akteure das Land in den Würgegriff genommen haben: Im April 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht das Land und errichtete eine brutale Besatzungsherrschaft, während der Massaker an der Zivilbevölkerung verübt und die Wirtschaft ausgeraubt wurden ...

Diese Flugschrift ist eine realpolitisch durchdachte Blaupause, in der Karl Heinz Roth die Hypotheken der deutschen Besatzungsherrschaft rekonstruiert – einschließlich der skandalösen Praktiken der westdeutschen Nachkriegseliten zur Vermeidung von Reparationszahlungen. Darüber hinaus verbindet er den überfälligen moralischen Schlussstrich unter die vor allem von den Deutschen hinterlassenen Hypotheken des Zweiten Weltkriegs mit den Sichtweisen und Handlungsoptionen der post-keynesianischen Schule der politischen Ökonomie.

Dem Historiker Karl-Heinz Roth gebührt das Verdienst, bereits vor mehr als vier Jahren anschaulich die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht in Griechenland beschrieben zu haben. (Eine stark gekürzte Fassung erschien auch im Friedensjournal Nr. 6/2011 – Artikel aktuell auch als PDF auf www.friedensratschlag.de abrufbar).

Die Kenntnis dieser Verbrechen (Buchabschnitt: „Nicht nur ein paar niedergebrannte Ortschaften“) ist notwendig und muss für eine umfassende Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen eingefordert werden, die von der politischen Klasse in Deutschland von der Nachkriegszeit bis heute nur sehr selektiv erfolgte. Dazu gehört auch die Art und Weise, wie Deutschland einerseits die ursprünglichen Reparationsforderungen gegenüber den alliierten Siegermächten durch Schuldenschnitte stark reduzierte, gleichzeitig aber prinzipiell unstrittige Reparationsforderungen von anderen Ländern wie Griechenland sehr trickreich umgehen konnte. Durch dieses Buch eröffnet sich damit auch eine andere Perspektive auf das „Wirtschaftswunder“ der Bundesrepublik Deutschland in der Nachkriegszeit.

Griechenland war „nur“ eines von vielen okkupierten Ländern im 2. Weltkrieg, die bei der Pariser Reparationskonferenz Anfang 1946 extrem benachteiligt wurden. Es ist immerhin ein bleibendes Verdienst der Syriza-Regierung, die griechischen Reparationsansprüche gegen den Druck aus Berlin beziffert zu haben. Der Autor diskutiert deshalb für eine Wiederaufnahme der Reparationsdebatte, die auch andere Länder betrifft – vor allem Jugoslawien, Tschechoslowakei und Italien (ab Herbst 1943), in denen Wehrmacht und SS Massaker verübten, Ressourcen plünderten und die Infrastruktur massiv schädigten. Zwar gab es mit den meisten dieser „kleinen“ alliierten Siegermächte bis zu Beginn der 60er Jahre sog. Globalabkommen, die aber weit hinter den tatsächlichen Ansprüchen bzw. Schäden zurück blieben,

auch wenn diese teilweise erheblich über die Griechenland zugestandenen Beträge hinaus gingen.

Karl-Heinz Roth plädiert deshalb durchaus pragmatisch für Reparationsleistungen unter Wahrung der Proportionen. Als Diskussionsgrundlage verweist er auf die Goldreserven der deutschen Bundesbank.

Der Autor nimmt auch Bezug auf die Transferleistungen innerhalb Deutschlands nach dem DDR-Anschluss und schlägt vor, für abschließende Reparations- und Entschädigungsleistungen den „Solidaritätszuschlag“ zum „Aufbau Ost“ innerhalb der nächsten 10 Jahre zugunsten eines europäischen Reparations- und Entschädigungsfonds umzuwidmen.

Das vorliegende Buch wurde als Manuskript bereits am 20.3.2015 abgeschlossen. Auch wenn seitdem eine Menge passiert ist, waren die Konturen der unter deutscher Führung erfolgten Erpressungspolitik gegenüber Griechenland nach der Syriza-Regierungsübernahme zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits klar. Dieser erste Teil des Buches ist deshalb bis heute weitestgehend (leider) aktuell geblieben.

Letztlich kann der Autor gut herausarbeiten, dass es mit der Reparationsfrage auch um eine gesamteuropäische Perspektive geht, ob nämlich die Vormachtstellung der deutschen Machteliten innerhalb der Eurozone und der EU überwunden werden kann.

Der Autor geht dabei auch auf den naheliegenden Einwand ein, dass seine Vorschläge angesichts der konkreten Machtverhältnisse unrealistisch und utopisch erscheinen mögen. Es geht ihm aber um eine realpolitisch durchdachte Blaupause, mit der vor allem auch der überfällige moralische Schlussstrich unter die Hypotheken des 2. Weltkrieges gezogen wird.

Das Resümee des Autors besteht zu recht darin, dass ohne einen solchen Schlussstrich die historischen Nachwirkungen zu einer Barbarisierung in Europa führen, die heute bereits spürbar ist.

Karl-Heinz Peil

Die BILD-Zeitung im Krieg gegen Griechenland

von Eckart Spoo, Journalist, Mitherausgeber der Zeitschrift *Ossietzky*



Screenshot aus Video in Weltnetz.tv

Die BILD-Zeitung, so höre ich gelegentlich, sei nicht ernst zu nehmen. Wer Verstand und Geschmack habe, lehne es ab, sich mit diesem Blatt zu befassen. Leider lässt sich das Problem BILD so nicht lösen. Denn BILD ist die auflagenstärkste Tageszeitung Europas. Wir können uns dieser Macht nicht einfach durch Nichtbeachtung erwehren. Mit ihren fetten Schlagzeilen drängt sie sich uns überall auf, an jedem Kiosk, an dem wir vorbeigehen. Ohne unsere Finger an der vielen schwarzen und roten Farbe schmutzig zu machen, nehmen wir bei bloßem Hinsehen Hetzparolen wie diese auf: „Die Schummel-Griechen machen uns unseren Euro kaputt.“ Man beachte das Wort unseren.

Ein anderes Zitat: „Keine weiteren Milliarden für die gierigen Griechen.“ Oder: „In Wirklichkeit sind die Griechen doppelt so reich wie wir Deutschen.“ Wir Deutschen. Oder: „Verkauft doch Eure Inseln, ihr Pleite-Griechen. Und die Akropolis gleich mit.“ Oder: „Hört auf zu randalieren, ihr Pleite-Griechen.“

Immerzu spritzt BILD nationalistisches Gift, zum Beispiel so: „Deutschland hat auch Schulden, aber wir können sie jedenfalls begleichen, weil wir morgens ziemlich früh aufstehen und den ganzen Tag arbeiten.“ Wir. Und dann erhebt das Blatt aus dem Springer-Konzern auch noch den Vorwurf gegen Griechenland: „Es erpresst Europa. Mit einem Referendum.“

Das klingt so, als hätte es ein Kabarettist erfunden, um es satirisch zu überdrehen: ... die faulen gierigen Pleite-Griechen, die doppelt so reich sind wie wir und uns beschummeln und erpresen und unseren Euro kaputtmachen. Unmöglich, in dem braunen

Schaum, den die Springer-Medien schlagen, einen klaren Gedanken zu finden. Ich sehe hinter solchen Kampagnen der BILD-Zeitung den konsequenten Willen, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Soziales ins Nationale zu verkehren. Die Opfer der publizistischen Aggression als Täter darzustellen, die Erpressten als Erpresser.

Auch wenn uns das alles noch so aberwitzig erscheint, wir müssen es dennoch ernst nehmen, zumal es auf andere Medien abfärbt – bis hin zu kleinen Provinzblättern wie der Esslinger Zeitung, aus der folgender Satz zitiert sei: „Kein vernunftbegabter Mensch hätte sich vorstellen können, dass Europas Staatenverbund vor einer wirtschaftspolitisch so unbedeutenden Nation den Kotau macht und sich von zwei ideologisch verbohrteten Berufsdilettanten namens Tsipras und Varoufakis zum Narren halten lässt.“ Wenn ein deutscher Provinzjournalist sich getraut, eine andere Nation als unbedeutend abzutun, zudem ein Mitgliedsland der NATO und der EU, dann müssen dort ernste Sorgen aufkommen, die sich in Hakenkreuz-Karikaturen ausdrücken.

Auch Rundfunkanstalten in Springer-Stiefeln

Auch Rundfunkanstalten wie die Deutsche Welle marschieren mit, als wären sie in Springer-Stiefel gesteckt worden. Der Sender ließ einen griechischen Politikwissenschaftler (Leveris Koussoulis) verkünden, die Regierung Tsipras habe immer schon den Plan verfolgt, „das Land zu isolieren und anschließend zu stalinisieren“. Wo solche wissenschaftlichen Weisheiten angeboten werden, bleibt wenig Platz auf den Zeitungsseiten und wenig Sendezeit im Rundfunk, um die Leser, Hörer und Zuschauer beispielsweise über die verheerenden Folgen der von Merkel, Schäuble und anderen Marktradikalen verordneten Austeritätspolitik zu informieren, über die schändlichen Konditionen, zu denen Griechenland eventuell neue Kredite bekommen könnte. Über die bittere Armut, die sich dort ausgebreitet hat. Über die vielen Zigtausende

von Flüchtlingen, die aus Asien und Afrika an die griechischen Küsten gelangt sind. Über die Notwendigkeit humanitärer Hilfe: Lebensmittel, Arzneimittel. Für solche Themen interessieren sich unsere Medien kaum.

Unsere Medien? Nein, BILD und andere Konzernmedien sind nicht unsere, eben weil sie den Medienkonzernen gehören. Fast alles, was nicht öffentlich-rechtlich ist, gehört diesen wenigen Konzernen. Kein Wunder, dass sie sich inhaltlich kaum voneinander unterscheiden. Die langjährige Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer von den Grünen sprach dieser Tage im Hinblick auf den Umgang mit Griechenland von der „monokulturellen Gleichförmigkeit fast aller öffentlich-rechtlichen Medien, der Talkshows und meisten politischen Kommentatoren“. Ähnlich besorgt hatte sie sich vor Monaten schon über den Umgang der Medien mit Russland geäußert. Im Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 15. Juli hielt sie übrigens „ein militärisches Eingreifen“ in Griechenland „nicht mehr für ausgeschlossen“.

Wahrheitsgemäße Berichterstattung ist nie so notwendig wie in Zeiten der Krise und des drohenden Krieges. Die BILD-Zeitung aber, deren ganzer täglicher Inhalt so zuverlässig wahr ist wie der des Horoskops, das nie fehlt - die BILDzeitung spielt in solchen Zeiten nie die Rolle des Mediators, des Vermittlers, der sich um gegenseitiges Verstehen bemüht, um friedliche Verständigung, sondern allemal die Rolle des Scharfmachers.

Unternehmenszweck: Parteiischer Journalismus

Wer ist eigentlich gemeint, wenn BILD soviel von wir, von uns spricht? In welche Gemeinschaft werde ich da einbezogen? Es ist die berühmt-berüchtigte westliche Wertegemeinschaft. Alle Mitarbeiter der Springer-Medien sind arbeitsvertraglich auf die transatlantische Partnerschaft mit den USA verpflichtet, also einseitig auf die NATO. Parteiischer Journalismus ist also gewollt, ist Zweck des Unternehmens. Das WIR definiert sich durch Abgren-



zung gegen die, die als Feinde dargestellt werden, nämlich gegen alles, was links ist. Springer-Journalisten müssen sich auch zur Parteinahme für die Marktwirtschaft bekennen, für den Kapitalismus. Schon einmal zeichnete sich in Griechenland eine Linksregie-

rung ab. Damals griffen die griechischen Obristen ein. Nach dem NATO-Plan „Prometheus“ liessen sie in Athen die Panzer rollen, verhafteten die Linken, schalteten die Demokratie ab. BILD zeigte sich, ebenso wie führende CDU-Politiker, einverstanden mit dem Putsch.

Als Anfang dieses Jahres das griechische Volk das Linksbündnis SYRIZA mit der Regierung beauftragte, als SYRIZA tatsächlich begann,

ein linkes Programm zu verwirklichen, und als das Volk mit einem Referendum mit großer Mehrheit diese Politik bekräftigte, steigerte BILD sich und seine Leser tagtäglich in Hass und Håme und leistete damit einen wesentlichen Beitrag zur Unterwerfung Griechenlands. Die NATO bzw. EU-Staa-

ten zwangen SYRIZA das linke Programm Punkt für Punkt aufzugeben.

Gab es keine Alternative? Doch, sie liegt auf der Hand: Deutschland müsste nur endlich seine Schulden an Griechenland begleichen, nämlich die Anleihe zurückzahlen, zu der das Nazi-Reich das besetzte Land gezwungen hat. Aber das ist für BILD kein Thema. Und auch nicht für den Europa-Korrespondenten des Ersten Deutschen Fernsehens, Rolf-Dieter Krause. Er fand schon das passende Vokabular für den Umgang mit linken Politikern: „Die Jungs von Syriza“, sagte er in der Talkshow seines Kollegen Plasberg, müsse man „zum Teufel jagen“.

Der Artikel ist die Transkription eines Beitrages auf weltnetz.tv auch abrufbar in der Rubrik Video auf www.friedensratschlag.de

„Eure Fabriken verursachen Flucht“

Rex Osa stammt aus Nigeria und floh 2005 nach Deutschland. Er lebt in Schwäbisch Gmünd und ist aktiv beim bundesweiten The Voice Refugee Forum.

taz: Herr Osa, Sie sind Flüchtling aus Nigeria. Am Wochenende organisieren Sie Aktionstage gegen die deutsche Waffenindustrie. Was hat die mit Ihrer Flucht zu tun?

Rex Osa: Gäbe es in meinem Land keine Waffen, könnte ich die Politik als Oppositioneller herausfordern. So kann ich das nicht. Die Waffenproduzenten stützen korrupte Regime und damit Ausbeutung und Ausplünderung, das hat in Nigeria eine lange Geschichte. Aktuelle droht Krieg mit Boko Haram. Woher stammen all die Waffen, die die Dschihadisten haben? Nigeria produziert keine. Unsere Botschaft ist: Wer Instrumente der Gewalt produziert oder die Wirtschaft eines Landes ausbeutet, erntet Flüchtlinge. Das werden wir auf unser Front-Transparent schreiben.

Was planen Sie während dieser Aktionstage?

Wir werden vor den Waffenfabriken von Diehl in Überlingen, Movag in Kreuzlingen und ATM in Konstanz Kundgebungen machen. Und dann werden wir in die Städte gehen und auch den Leuten dort sagen, dass ihre Fabriken Flucht verursachen. Uns geht es dabei vor allem um die Bigotterie der sogenannten Flüchtlingshelfer.

Wissen Sie, wohin die Waffen dieser Unternehmen exportiert werden?

Panzerfahrzeuge von Mowag gehen etwa an Saudi-Arabien, dessen Soldaten daraus auf die Demonstranten in Bahrain geschossen haben. Außerdem werden sie weltweit

von den USA und von der Bundeswehr in Afghanistan eingesetzt. ATM stellt Computer und Software für die KMW-Panzer wie den Leopard 2 her. Die wurden etwa an Katar und die Türkei geliefert. Diehl ist an Bau und Vermarktung der Predator-Drohne beteiligt, mit der die USA unter anderem in Afghanistan, Pakistan, Irak, Libyen und Jemen hunderte Menschen getötet haben. Seine Lenkflugkörper und Munition gehen unter anderem nach Saudi Arabien, Ägypten und die Türkei. Doch das ist nur ein Thema. Uns geht es insbesondere auch um die Bigotterie der so genannten Flüchtlingshelfer.

Inwiefern?

Uns passt die Richtung der Hilfe nicht, die immer mehr in Mode kommt. Die Fluchtursachen werden nicht thematisiert. Die Leute leisten humanitäre Hilfe, oft ohne darüber nachzudenken, dass sie auch Ursache des Problems sind.

Nicht jeder, der ehrenamtlich im Flüchtlingsheim hilft, arbeitet beim Panzerbauer.

Das ist nicht der Punkt. 80 Prozent der Steuereinnahmen der Stadt Überlingen stammen von Diehl. Gleichzeitig gibt es dort 200 ehrenamtliche HelferInnen. Die wollen wir mit den Rüstungsexportstrukturen konfrontieren. Die meisten kennen das Problem ja durchaus, aber statt etwas dagegen zu tun, wollen sie lieber ein bisschen Flüchtlingen helfen. Sie wollen ausdrücklich unpolitisch sein. Das geht dann so weit, dass ein Mensch von der Caritas Sätze sagt wie: „Unsere Flüchtlinge brauchen ihre Ruhe.“ Nein, brauchen wir nicht. Die Leute sollen lieber dafür sorgen, dass aus ihren Städten nicht so viele Waffen exportiert werden. Wir wollen durch unsere Aktion mit vielen ehrenamtlichen Helfern darüber ins Gespräch kommen. [...]

Quelle: taz.de / 20.8.2015

Kriegsverbrechen gegen die Bevölkerung im Jemen

Von Sebastian Range, Redakteur der Zeitschrift Hintergrund, Frankfurt a.M.

Der mithilfe der USA geführte Angriffskrieg einer von Saudi-Arabien geleiteten Militärkoalition gegen den Jemen trägt genozidale Züge. Während gezielt zivile Einrichtungen und die für die Versorgung der Bevölkerung lebenswichtige Infrastruktur bombardiert werden, leiden Millionen Menschen aufgrund der verhängten Blockade akuten Hunger. Zudem breiten sich Seuchen aus, da kaum noch ein Bewohner des ärmsten arabischen Landes Zugang zu sauberem Trinkwasser hat. Indes übernimmt al-Qaida die Kontrolle über immer mehr Gebiete.

Nach dem Vormarsch schiitischer Huthi-Rebellen und mit ihnen verbündeter Einheiten der Armee bis in den Süden des Landes bombardiert Saudi-Arabien im Verbund mit anderen arabischen Staaten seit Ende März seinen südlichen Nachbarn. Unterstützt wird die Koalition dabei von den USA, die die Angreifer mit Geheimdienstinformationen und Munitionsnachschub unterstützen, sowie die an den Einsätzen beteiligten Flugzeuge in der Luft betanken.

Offizielles Kriegsziel ist die Wiedereinsetzung von Abed Rabbo Mansur Hadi als Präsident des Landes. Der sich ins Exil geflohene Hadi, der in der Bevölkerung über keinen nennenswerten Rückhalt mehr verfügt und im Januar seinen Rücktritt vom Präsidentenamt verkündet hatte, wird von Saudi-Arabien und dem Westen dennoch nach wie vor als legitimer Staatschef betrachtet.

Mit der Landung von dreitausend Soldaten und Hunderten Militärfahrzeugen in der Hafenstadt Aden kommen seit Anfang August auch Bodentruppen der Koalition zum Einsatz, die von Kampfhubschraubern unterstützt werden. Mittlerweile gelang ihnen die Eroberung mehrerer Provinzen im Süden und Südwesten des Landes. Sie befinden sich weiter auf dem Vormarsch in Richtung der nördlich gelegenen Hauptstadt Sanaa, die nach wie vor von den Huthis und jemenitischen Regierungskräften gehalten wird.

„Im Jemen sieht es nach fünf Monaten Bürgerkrieg schlimmer aus als in

Syrien nach fünf Jahren“, beschrieb Peter Maurer, Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, gegenüber dem Schweizer Sender SRF die Lage im Land.

Die zivile Infrastruktur des Landes wurde großteils zerstört. Laut eines kürzlich erschienenen Berichts von Amnesty International richten sich die Luftangriffe auch gegen Wohngebiete, Schulen und Moscheen. Die Menschenrechtsorganisation wirft der Koalition nicht nur vor, keine Unterscheidung zwischen zivilen und militärischen Einrichtungen zu treffen, sondern auch gezielt zivile Objekte anzugreifen. Amnesty spricht von „Kriegsverbrechen“ und dem Verstoß gegen das Humanitäre Völkerrecht.

Dramatisch zunehmende (Binnen-)Flüchtlinge

Aufgrund der saudischen Aggression befinden sich mindestens eineinhalb Millionen Menschen auf der Flucht. Tausende Zivilisten wurden bei den seit März anhaltenden Luftangriffen getötet.

Laut der Projektleiterin der Hilfsorganisation in Taiz, Salah Dongu'du, arbeiten in der Stadt nur noch sieben von einst zwanzig Krankenhäusern. Sie seien mit Verletzten überfüllt, wichtige Medikamente fehlten. Wegen der Kämpfe und Luftangriffe erreichten viele Verwundete sowie medizinisches Personal die Kliniken erst gar nicht.

Ein weiteres Kriegsverbrechen – die Blockade lebenswichtiger Güter – könne sich laut Oxfam „bald tödlicher“ auswirken als „Krieg und Gewalt“. Aufgrund der „andauernden Versorgungsblockade“, an der sich auch US-Kriegsschiffe beteiligen, seien „zwanzig Millionen Menschen im Jemen von der Versorgung mit sauberem Wasser abgeschnitten“. Vor drei Monaten sprach die Hilfsorganisation bereits von sechzehn Millionen Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser. Seuchen wie Cholera breiten sich mit wachsender Geschwindigkeit aus.

Vor allem der Mangel an Treibstoff, der kaum noch ins Land gelangt, wirkt sich verheerend aus. „Im Jemen ist die

Treibstoffversorgung lebenswichtig. Ohne genügend Sprit funktionieren die Wasserpumpen nicht und Lebensmittel und Medikamente lassen sich von den Häfen nicht ins Land bringen“, so Philippe Clerc, Oxfam-Landesdirektor im Jemen.

Schlimmste humanitäre Katastrophe

Aufgrund der Blockade sei es „unmöglich“, irgendetwas ins Land zu bringen, erklärte der für die Hauptstadt Sanaa zuständige Oxfam-Direktor Nuha Abduljabber. Schiffen, die Grundnahrungsmittel wie Mehl geladen haben, werde das Anlaufen verweigert. Krankenhäuser müssten schließen, da kein Treibstoff mehr für die Strom-Generatoren zur Verfügung stehe. „Es wird fast unmöglich, zu überleben“, beschrieb der Oxfam-Mitarbeiter die Lage Anfang Juni. Bereits zu diesem Zeitpunkt mussten laut der Hilfsorganisation "Save the Children" über 150 Gesundheitszentren, die vor allem hungerleidende Kinder mit Nahrung versorgten, ihren Betrieb einstellen.

Inzwischen hat sich die Lage weiter verschlechtert. Laut UN-Angaben sind mittlerweile achtzig Prozent der rund 26 Millionen Jemeniten auf humanitäre Hilfe angewiesen. Vor einer „schweren Hungersnot“ warnte vergangene Woche das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen. Nach Schätzungen können sich rund 13 Millionen Menschen nicht mehr ausreichend ernähren, sechs Millionen Menschen, darunter vor allem Frauen und Kinder, litten akut Hunger.

Weiter verschärft wird die Lage durch die gezielte Bombardierung des Hafens der Stadt al-Hudaida in der vergangenen Woche. Der Hafen dient als Hauptzugang für die Lieferung humanitärer Güter in die nördlichen und zentralen Landesteile. Durch den Angriff sei das Überleben von vierzehn Millionen Menschen gefährdet, die „bereits jetzt dringend auf Hilfe angewiesen sind“, heißt es in einer Stellungnahme von "Save the Children".

Umfassendere, ungekürzte Fassung auf Hintergrund.de

Deutsche Verantwortung: Fluchtbewegung aus dem Kosovo

von German Foreign Policy (Redaktion)

Deutschland trägt maßgebliche Mitverantwortung für die Ursachen der Flucht zehntausender Menschen aus dem Kosovo. Dies belegt eine Analyse der Entwicklung in dem Sezessionsgebiet seit dem NATO-Überfall im Jahr 1999, dessen Vorbereitung unter führender Mitwirkung der Bundesrepublik geschah. Auch die anschließende Besatzung des Kosovo haben deutsche Politiker in leitenden Positionen mitgestaltet. Dabei haben sie geholfen, Kommandeure und Kämpfer der Mafiamiliz UÇK in Priština an die Macht zu bringen, unter deren Herrschaft sich international scharf kritisierte soziale Verhältnisse herausgebildet haben. In einem Bericht des Europäischen Rechnungshofs hieß es etwa im Jahr 2012, die Organisierte Kriminalität bestehe im Kosovo auf "hohem Niveau" fort; im Europarat wurden sogar höchstrangige Politiker, darunter ein langjähriger Ministerpräsident, der Mafia zugerechnet. Die Armut grassiert; rund ein Sechstel aller Kinder leidet wegen Mangelernährung an Wachstumsstörungen - nach ungefähr 16 Jahren von NATO und EU geführter Besatzung, die maßgeblich von Berlin mitgestaltet wurde. Ohne Rücktransfers von Exil-Kosovaren könnten zahlreiche kosovarische Familien wohl nicht überleben. Allein im ersten Halbjahr 2015 haben mehr als 28.600 Kosovaren keine andere Chance gesehen, als in Deutschland Asyl zu beantragen - faktisch ohne Aussicht auf Erfolg. Berlin bemüht sich nun um Wege zu ihrer schnelleren Abschiebung.

Geostrategisch motiviert

Das Kosovo, aus dem die Menschen zuletzt in Scharen geflohen sind, ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein Schwerpunkt der deutschen Außenpolitik gewesen. Dabei zielte die Bundesrepublik zunächst vor allem darauf ab, das Gebiet aus Jugoslawien bzw. Serbien zu lösen und es zu einem eigenen Staat zu machen. Dies schien geeignet, Belgrad - einen traditionellen Opponenten der deutschen Südosteuropa-Politik - dauerhaft empfindlich zu schwächen und

zugleich mit einem kosovarischen Staat einen neuen loyalen Verbündeten in der südosteuropäischen Peripherie zu schaffen. Schon um das Jahr 1992 begann deshalb der Bundesnachrichtendienst (BND), wie der Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom berichtet, "erste Kontakte" zur "militanten Opposition" der Kosovaren aufzubauen. Bald entstanden enge Beziehungen inklusive Aufrüstung und Training der 1996 gegründeten Mafiaorganisation UÇK. Die UÇK diente dann, nachdem sie maßgeblich dazu beigetragen hatte, die südserbische Provinz 1998 durch bewaffneten Terror zu destabilisieren, als Bodentruppe der NATO nach deren Überfall auf Jugoslawien am 24. März 1999.

Unter deutscher Obhut

Dies ist vor allem deshalb von erheblicher Bedeutung, weil die UÇK entsprechend ihrer zentralen Rolle im Krieg gegen Jugoslawien nun auch in der anschließenden Zeit der Besatzung wichtige Funktionen im Kosovo für sich einforderte - und sie von den Besatzungsmächten auch bekam. Unter diesen hat die Bundesrepublik eine exklusive Position innegehabt. Sie entsandte nicht nur sieben der bislang 20 Kommandeure der NATO-Besatzungstruppe KFOR und damit mehr als jedes andere Land. Dem Berliner Polit-Establishment entstammten darüber hinaus mit Michael Steiner (2002 bis 2003) und Joachim Rucker (2006 bis 2008) zwei Leiter der UN-Verwaltung UNMIK, die jeweils wichtige Weichen für die Sezession des Kosovo stellten. Unter ihrer Oberaufsicht amtierten ehemalige UÇK-Kämpfer (Bajram Rexhepi, 2002 bis 2004) und UÇK-Kommandeure (Agim Çeku, 2006 bis 2008; Hashim Thaçi, ab 2008) als Ministerpräsidenten des Kosovo. Steiner unterstützte zudem Thaçi, Rucker den berüchtigten Ex-UÇK-Kommandeur Ramush Haradinaj bei ihrem Kampf gegen justizielle Ahndung ihrer Taten (german-foreign-policy.com berichtete). Wie die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) bereits vor Jahren rückblickend resümierte, er-

langten die "mit organisierter Kriminalität aufs Engste verflochtenen politischen Extremisten und gewalterprobten Untergrundkämpfer" der UÇK unter der UNMIK "als gewählte Volksvertreter oder neu gekürte Beamte ... unter internationaler Obhut politische Respektabilität".

Berufswunsch "Mafiaboss"

Die Machenschaften der ehemaligen UÇK-Anführer, die das Kosovo ab 1999 maßgeblich prägten, haben immer wieder für internationales Aufsehen gesorgt. Über Hashim Thaçi etwa, der noch bis 2014 als Ministerpräsident in Priština amtierte, urteilten der BND und das Berliner "Institut für Europäische Politik" (IEP) bereits vor Jahren, er sei nicht nur Auftraggeber eines "Profikillers" gewesen, sondern verfüge auch "auf internationaler Ebene über weiter reichende kriminelle Netzwerke". Thaçi ist zudem vom ehemaligen Sonderberichterstatter der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Dick Marty, beschuldigt worden, nicht nur jahrelang an führender Stelle in den Schmuggel von Waffen und Rauschgift involviert gewesen zu sein, sondern sich außerdem am Handel mit menschlichen Organen beteiligt zu haben. Über die Organisierte Kriminalität im Kosovo erklärte das Institut für Europäische Politik Anfang 2007: "Aus früheren UÇK-Strukturen ... haben sich unter den Augen der Internationalen Gemeinschaft mittlerweile mehrere Multi-Millionen-Organisationen entwickelt", die großen Einfluss besäßen; "Mafiaboss" stelle mittlerweile "den meistgenannten Berufswunsch von Kindern und Jugendlichen dar".

Rechtsfreie Räume

Über die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich unter der Herrschaft ehemaliger UÇK-Strukturen und der Oberaufsicht auch deutscher UNMIK-Verwalter herausbildeten, äußerte sich das Institut für Europäische Politik bereits 2007 am Beispiel der im Kosovo nach wie vor üblichen Streitbeilegung per Gewohnheitsrecht. Letzteres schreibe "nicht nur die Vorherrschaft des Mannes fest", berichtete das Insti-

tut; es baue "darüber hinaus auf einem gewaltlegitimierenden Ehrkonzept auf", das nicht zuletzt die traditionelle "Blutrache" "in den Mittelpunkt eines pseudojuristischen Ordnungssystems stellt". Deutliche Worte fand 2012 sogar der Europäische Rechnungshof. Es gebe trotz mehr als zehn Jahre wählender Besatzungstätigkeit allenfalls "geringe Fortschritte im Kampf gegen das organisierte Verbrechen"; vielmehr bestehe die Organisierte Kriminalität auf "hohem Niveau" fort, hieß es damals in einem Bericht der Institution. Die Untersuchung selbst schwerster Verbrechen bleibe "immer noch unwirksam". Die OSZE habe sich ausdrücklich bestätigen lassen, dass zahlreiche Richter nicht bereit seien, "ihre Urteile auf der alleinigen Grundlage des Rechts" zu sprechen, sondern "dazu tendierten, in voreuseilendem Gehorsam gegenüber äußeren Einflüssen zu handeln". Noch Anfang dieses Jahres urteilte die SWP, es gebe im Kosovo "ausgedehnte rechtsfreie Räume" - aufgrund einer "symbiotischen Beziehung zwischen weiten Teilen von Verwaltung und Politik mit der organisierten Kriminalität".

Auch ökonomisch ist die Lage des Kosovo, das sich am 17. Februar 2008

nach intensiver deutscher Vorarbeit und unter Bruch des internationalen Rechts zum Staat erklärte, nach wie vor desolat.

Mangelernährung

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beläuft sich auf 2.935 Euro im Jahr (EU: 25.700 Euro). Die Arbeitslosigkeit wird mit 40 bis 45 Prozent beziffert; die Jugendarbeitslosigkeit beträgt real bis zu 70 Prozent. Die Wirtschaft liegt - wie zu Beginn der Besatzungszeit 1999 - weitestgehend am Boden; die Investitionen aus dem Ausland gingen von rund 220 Millionen Euro in den ersten neun Monaten 2013 auf knapp 122 Millionen Euro im selben Zeitraum 2014 zurück. Das Kosovo musste 2014 Waren im Wert von rund 2,5 Milliarden Euro importieren, um über die Runden zu kommen; dem standen Exporte in Höhe von nur 325 Millionen Euro gegenüber. "Eine wichtige Triebkraft für den privaten Konsum stellen weiterhin die Überweisungen von im Ausland lebenden und arbeitenden Landsleuten an ihre Familien in der Heimat dar", berichtet die Außenwirtschaftsagentur Germany Trade and Invest (GTAI). Ohne die Rücktransfers von Exil-Kosovaren könnte das Land, in dem 16 Prozent aller Kinder wegen Mangelernäh-

rung unter Wachstumsstörungen und 23 Prozent aller Schwangeren unter Anämie leiden, wohl nicht überleben.

"Drastisch reduzieren"

16 Jahre nach dem NATO-Krieg, der mit der Behauptung begründet wurde, man müsse das Kosovo befreien und seiner Bevölkerung zu einem menschenwürdigen Leben verhelfen, fliehen nun Zehntausende - und stellen damit den westlichen Staaten, die Verantwortung für den Krieg und die anschließende Besatzung tragen, ein verheerendes Zeugnis aus. Führend bei der Vorbereitung des Krieges und bei der Besatzung ist Deutschland gewesen. In Reaktion auf die steigende Zahl der Flüchtlinge bereitet Berlin nun die Einstufung des Kosovo als "sicheres Herkunftsland" vor, um die Menschen, die vor den auch von der Bundesrepublik zu verantwortenden Verhältnissen fliehen, umgehend abschieben zu können. Dass Flüchtlinge aus Südosteuropa sich nicht anders zu helfen wissen, als in der reichen Bundesrepublik Asylträge zu stellen, sei "inakzeptabel und für Europa eine Schande", erklärt Bundesinnenminister Thomas de Maizière: "Das Wichtigste ist, deren Anzahl" - gemeint sind die Flüchtlinge - "drastisch zu reduzieren".

Kriegsflüchtlinge? Wirtschaftsflüchtlinge?

Die Wirtschaftspolitik der EU in Afrika bedroht die Lebensgrundlage der Menschen [...]

Weiter blickende Zeitgenossen argumentieren, man müsse die Zustände in den Herkunftsländern ändern. Man müsse, so fordert dagegen immer öfter die Politik, erst einmal die „richtigen“ Flüchtlingen von den missbräuchlichen, den Wirtschaftsflüchtlingen trennen. Am Beispiel Afrika lässt sich zeigen, dass die Wirtschaftspolitik, die die EU (nicht nur) dort betreibt, den Unterschied zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen bald einmal obsolet machen wird, weil sie den Menschen die Existenzgrundlagen entzieht und ihnen gar keine Wahl als die Flucht ins vermeintlich gelobte Land Europa lässt.

Nicht nur wird das in Geheimverhandlungen geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA, die zusammen die Hälfte des globalen Bruttosozialprodukts erwirtschaften, Weltregionen wie Afrika und Südamerika wirtschaftlich noch weiter an den Rand drängen. Bis 2014 hat die EU auch zehn Jahre lang drei getrennte Freihandelsabkommen (Economic Partnership Agreement /EPA) mit drei Wirtschaftszonen in West-, Ost- und im südlichen

Afrika ausgehandelt.

Die afrikanischen Regierungen hatten sich ein Jahrzehnt lang gegen den Abschluss dieser Abkommen gestraubt, weil sie wussten, was das für ihre Länder bedeuten würde. Gerade wirtschaftlich stärkere Länder wie Kenia oder Ghana wollten ihre Wirtschaften von der Rohstoffförderung bis zur verarbeitenden Industrie ausbauen. Das ist nun vorbei. Gegen deutsche Maschinen und Werkbänke haben sie keine Chance. [...]

Die afrikanischen Märkte werden mit hochsubventionierten Billigimporten aus Europa überschwemmt, gegen die einheimische Produzenten nicht ankommen. [...]

Auch Exportzölle, mit denen man die eigenen Rohstoffe schützen kann, sind den Afrikanern untersagt. Und jeden Vorteil, den sie Dritten gewähren, müssen sie zukünftig automatisch auch der EU zugestehen. Auf die Rohstoffe vor allem nämlich hat es das rohstoffarme Europa abgesehen.

Hierzulande mag man weiter über die angemessene Willkommens- oder Abschreckungskultur debattieren. Ändern wird sich nichts, so lange Europa sich nicht von seiner hegemonialen neoliberalen Wirtschaftsdiktatur verabschiedet.

Quelle: *Nachdenkseiten.de* (Jochen Keller)

Syrien-Flüchtlinge durch Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg

Interview von Jens Wernicke mit Karin Leukefeld

In den Medien ist bereits von einer neuzeitlichen Völkerwanderung die Rede. Und auch über die Verantwortung sogenannter Schlepperbanden für die Flucht womöglich krimineller, mindestens aber heimlich wohlhabende Flüchtlinge wird diskutiert. Rassismus und Nationalismus haben Hochkonjunktur. Die Ursachen des Massenelends der Flüchtigen werden jedoch kaum erforscht. Die Syrien-Korrespondentin Karin Leukefeld berichtet im Interview mit Jens Wernicke von einem Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg, der zunehmend zum Exitus des syrischen Staates führe, die Bevölkerung in den Hungertod treibe und bereits 11 Millionen Syrer auf die Flucht getrieben hat.

J.W.: Frau Leukefeld, Sie sind neben Jürgen Todenhöfer die einzige mir bekannte deutsche Journalistin, die im Mittleren Osten wirklich vor Ort unterwegs ist, mit den Menschen dort spricht und darauf aufbauend dann qualifizierte Analysen, die mehr als nur Stereotype bedienen, produziert. Im Moment kommen Sie gerade von einer Syrienreise zurück. Wie ist die Situation vor Ort?

K.L.: Es kommt darauf an, wo man sich in Syrien aufhält. In der Küstenregion ist es ruhig, manche Syrer, die jetzt in Europa leben, fahren sogar zum Urlaub dorthin, um ihre Familien zu treffen. Allerdings gibt es dort sehr viele Inlandsvertriebene, es ist also überall sehr eng geworden.

Östlich von Aleppo gibt es Gebiete, die von Kurden kontrolliert werden, andere von dem selbst ernannten „Islamischen Staat im Irak und in der Levante“ (IS). Dort ist es extrem unsicher, die Fronten wechseln täglich, die syrische Luftwaffe und die von den USA geführte „Anti-IS-Allianz“ fliegen Luftangriffe. Neuerdings fliegt auch die türkische Luftwaffe Angriffe. Im Nordirak greift sie Stellungen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) an. Im Norden Syriens greift sie die von den syrischen Kurden kontrollierten Gebiete an. Der Einsatz läuft unter dem Motto „Kampf gegen den „Islamischen

Staat“. Die besiedelten Gebiete der zentralen Provinz Homs werden weitgehend von der syrischen Regierung und von der Armee kontrolliert. Die Wüstengebiete, die sich im Osten bis an die Grenze zum Irak erstrecken, sind unsicher.

Damaskus beherbergt bis zu 7 Millionen Menschen, Inlandsvertriebene aus allen Teilen des Landes. Es ist weitgehend ruhig, Strom und Wasser sind knapp, aus den Vororten um Damaskus, wo die Islamische Front und die Nusra Front Basen haben, wird immer wieder auf die Stadt gefeuert, umgekehrt feuert die syrische Armee auch dorthin.

Sweida, wo die Drusen und Christen leben, ist noch ruhig, ich fahre jedes Mal dorthin, wenn ich in Syrien bin. Deraa ist weiter umkämpft und der Golan, an der Grenze zu Israel, ebenso.

Das Leben ist teuer, das syrische Pfund hat nur noch ein Fünftel der Kaufkraft von 2010. Viele Menschen haben alles verloren, es wird gebettelt, Fleisch kommt nur noch selten auf den Tisch. Wenn die Leute überhaupt noch einen Tisch haben. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 40 Prozent, Kinder arbeiten, um der Familie zu helfen und gehen nicht mehr in die Schule. Die Hälfte der 500.000 syrischen Palästinenser ist geflohen, weil ihre Lager, die eigentlich Städte waren, zerstört sind.

Die wirtschaftlichen Zentren Syriens – die um Aleppo, Homs und Damaskus angesiedelt waren – sind weitgehend zerstört. Syrien hatte eine eigene Pharmaindustrie, eine hervorragende Textilindustrie, eine Lebensmittelindustrie und große Getreidereserven: alles ist zerstört, geplündert und in die Türkei verkauft. Die bescheidenen Ölvorkommen im Osten des Landes werden von Kampfgruppen kontrolliert, das Öl außer Landes geschmuggelt und dort oder auch im Land verkauft, selbst an die Regierung.

Inzwischen sind viele Ölförderanlagen von der Anti-IS-Allianz bombardiert worden. Und dann die archäologischen Stätten in Syrien, die bis zu

10.000 Jahre vor die christliche Zeitrechnung zurückdatieren – von Kämpfern besetzt und belagert, geplündert, zerstört.

Die Lage ist hart, das Elend groß. Besonders für die Syrer auf der Flucht. 4 Millionen von ihnen sind in Nachbarstaaten geflohen, weitere 7 sind innerhalb Syriens auf der Flucht.

Die Perfidie ist, dass diese Fluchtbewegungen politisch instrumentalisiert werden. Der innersyrische Konflikt wurde zu einem regionalen und schließlich zu einem internationalen Stellvertreterkrieg ausgeweitet. Dort, wo Menschen flohen, zogen bewaffnete Gruppen ein, die bis heute regional und international unterstützt werden. Und dann hieß es, die syrische Regierung hat keine Kontrolle mehr und ist ohnehin die „Wurzel von allem Bösen“ in Syrien, wie es gerade erst wieder ein Sprecher des US-Außenministeriums erklärte. Syrien wird zu einem „failed state“ erklärt, in den man humanitär und militärisch eingreifen kann.

J.W.: Und diese Armut, dieses Elend, das Sie beschreiben, und vor dem die Leute fliehen: Wo kommen die her, woraus resultieren die? Und wie meinen Sie das mit dem Stellvertreterkrieg? Bitte führen Sie das doch kurz aus...

K.L.: Syrien ist ein Entwicklungsland. Es war 2010 auf dem aufsteigenden Ast und sollte 2015, also in diesem Jahr, die fünf stärkste Wirtschaftsmacht der arabischen Welt sein.

Heute liegt Syrien knapp vor Somalia. Die durch den Krieg entstandene Wirtschaftskrise wird durch die Wirtschaftssanktionen der EU noch verschärft. Was wir hier beobachten, ist auch ein Wirtschaftskrieg gegen ein aufstrebendes Land.

Die Wirtschaftssanktionen der EU begannen bereits Ende 2011 und betrafen den Öl- und Gashandel sowie den Finanzsektor. Die syrische Fluggesellschaft durfte europäische Flughäfen nicht mehr anfliegen, alle bilateralen Projekte wurden gestoppt, das Personal abgezogen, Syrien wurde isoliert. Anfangs konnten Staat und die

Bevölkerung Mängel aus eigenen Ressourcen überbrücken, doch die waren eines Tages aufgebraucht. Der Staat erhielt finanzielle Unterstützung und nahm beim Iran Kredite auf. Damit konnten Verluste aus der Ölindustrie verringert werden, Öl und Gas konnte an die Bevölkerung, an die noch funktionierende Industrie und die Armee geliefert werden. Doch die nationale Ökonomie wurde dem Krieg untergeordnet, es entstand eine Kriegsökonomie.

Offiziell will die EU mit ihren Wirtschaftssanktionen die politische und militärische Führung Syriens unter Druck setzen, dass sie nachgeben und zurücktreten soll. Das ist nicht geschehen. Stattdessen wurde die Gesellschaft bestraft, ihre mühsam aufgebaute Existenzgrundlage zerstört. Geld konnten fortan diejenigen verdienen, die vom Krieg profitierten: Milizen, Schmuggler, Schwarzmarkthändler.

Und dass es sich hier um einen Stellvertreterkrieg handelt, wird klar, wenn man versteht, dass der sogenannte Islamische Staat, der vor Ort „Daish“ genannt wird, anders als in unseren Leitmedien gern verbreitet, alles andere als aus dem Nichts aufgetaucht ist. Regionale und internationale Sponsoren stehen hinter ihm, sodass er offenbar über unerschöpfliche finanzielle Ressourcen verfügt.

Diese Sponsoren benutzen die Kämpfer, um die Nationalstaaten zu zerstören, die vor 100 Jahren in der Levante gegen den Willen der damaligen Bevölkerung geformt worden waren. Damals ging es um die kolonialen Interessen von Großbritannien und Frankreich, heute geht es um die Sicherung von Rohstoffen für die von den USA angeführte westliche Welt. Der Zorn der Golfstaaten auf die unabhängige Politik, die in Syrien verteidigt wird, schlägt sich nieder in der Bewaffnung und Ausbildung von irregulären Kampfgruppen, die von „Daish“ dominiert werden. Der gesellschaftliche Boden, der sie nährt, ist Armut.

J.W.: Die Leute fliehen und leiden also, weil der sogenannte Westen ihre Heimat mit Krieg überzieht und wirtschaftlich in die Knie zwingt? Böse Schlepperbanden, über die wir medial viel hören, sind also nicht das Haupt-

problem, aufgrund dessen inzwischen 11 Millionen Syrer auf der Flucht sind?

K.L.: Die Schlepperbanden sind die Folge einer völlig falschen Politik im Mittleren Osten, nicht die Ursache. Diese Schlepperbanden sind integraler Teil der Kriegswirtschaft. Ohne Krieg hätten sie gar kein Geschäft. Sie benutzen die gleichen Wege, über die Waffen, Munition, Ausrüstung, Satellitentelefone und Kämpfer ebenso geschmuggelt werden wie Drogen und andere Dinge, die für den Krieg in Syrien gebraucht werden.

Die Flüchtlinge begegnen auf diesen Schmuggelpfaden den Kämpfern, die Organisatoren sind die gleichen. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung hat über diese Schmuggelpfade einen ausführlichen Bericht vorgelegt.

Solange sich mit Krieg und dem Leid betroffener Menschen viel Geld verdienen lässt, wird sich wohl auch nichts daran ändern.

J.W.: Was müsste Ihrer Einschätzung nach geschehen, damit in Syrien wieder Frieden möglich wird? Und: Gibt es etwas, das wir, die deutsche Bevölkerung, tun können, um zu unterstützen und helfen gegen das Elend vor Ort?

K.L.: Die USA und Russland müssen sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu Stabilisierung Syriens und des Iraks einigen und die syrische Regierung und Streitkräfte ebenso wie die Regierung und Armee des Iraks einbeziehen. Vorbedingungen – wie „Assad hat keine Zukunft in Syrien“ – haben zu unterbleiben. Die syrischen Akteure müssen dabei unterstützt und nicht davon abgehalten werden, sich an einen Tisch zu setzen. Einflussnahme im eigenen Interesse hat zu unterbleiben. Die Türkei muss – von der NATO oder bilateral von einzelnen NATO-Staaten – dazu gezwungen werden, ihre Unterstützung für den sogenannten Islamischen Staat einzustellen. Falls sie das nicht tut, muss die Türkei militärisch sanktioniert werden.

Gemeint ist z.B. keine Waffen mehr zu liefern oder der Türkei mit der Aussetzung der Teilhabe an NATO Strukturen zu drohen.

Und die Heimatländer der internationalen Dschihadisten müssen die Ausreise islamistischer Kämpfer oder

Unterstützer unterbinden. Dazu gehört in den jeweiligen Staaten auch eine Auseinandersetzung über ein respektvolles Zusammenleben und Chancengleichheit.

Die Bevölkerung muss vor allem den in Deutschland eintreffenden Flüchtlingen zur Seite stehen. Allerdings darf die Bundesregierung, die mit einer falschen Politik zu deren Flucht beigetragen hat, nicht aus der Verantwortung für diese Menschen entlassen werden. Im Bundestag, in den Landesparlamenten, Gewerkschaften, Schulen, Kirchen, in Blogs und politischen Versammlungen – überall muss über die Hintergründe des Krieges in Syrien aufgeklärt werden. Das ist Sache von jeder und jedem, der diesen Krieg beenden will.

J.W.: Noch ein letztes Wort?

K.L.: Ja. 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges will ich an das Gedicht von Wolfgang Borchert erinnern: „Dann gibt es nur eins, sag Nein“. In der direkten Nachbarschaft Europas, im östlichen Mittelmeerraum und in Teilen Afrikas finden seit 25 Jahren ununterbrochen Kriege statt, die sich immer mehr ausweiten. Nehmen wir den Israel-Palästina-Konflikt hinzu, haben wir seit 1948 Krieg im Mittleren Osten. Mit der völkerrechtswidrigen Besetzung des Iraks 2003 haben die USA schließlich „das Tor zur Hölle“ geöffnet, vor dem viele bereits damals warnten:

Palästinenser sind seit bald 70 Jahren auf der Flucht oder leben – etwa in Gaza oder der Westbank – wie Gefangene in ihrem eigenen Land. Iraker sind auf der Flucht, jetzt die Syrer. Der Westen befeuert diese Kriege, auch Deutschland, das Waffen liefert und zum Bruch des Völkerrechts schweigt. Die politische Opposition im Bundestag oder im Europaparlament wird ihrer Aufgabe in Sachen Krieg und Frieden nicht gerecht. Und viele Medien agieren wie Kriegstrommler.

Ich vermisse die große Friedens- und Antikriegsbewegung, die einst gegen den Irakkrieg noch auf die Straße ging. Sie muss zusammenstehen und darf sich nicht spalten lassen. Die Friedensbewegung muss gegen diese Kriege auf die Straßen!

Der Interviewbeitrag ist in voller Länge erschienen auf www.nachdenkseiten.de

Positionspapier zur Rüstungskonversion Für neue Initiativen zur Umstellung der Rüstungsindustrie

Der Bundesausschuss Friedensratschlag und die Kooperation für den Frieden rufen friedensbewegte Menschen und Organisationen auf, für Rüstungskonversion verstärkt wieder in der Öffentlichkeit zu werben. Auch die Ergebnisse der kommenden Gewerkschaftstage der beiden großen Gewerkschaften IG Metall und Ver.di sind dafür geeignet.

Rüstungskonversion ist die Umstellung industrieller militärischer Produktion auf zivile Fertigung. Dies gilt auch für die Überführung von militärischen Liegenschaften in zivile Nutzung und die Umstellung von Rüstungs- in zivile Forschung.

Rüstungskonversion war vor Jahren ein verbreitetes Thema mit vielfältigen AkteurlInnen, z.B.:

- gewerkschaftlichen Arbeitskreisen und der Bremer Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung;
- Rüstungskonversionsprogramme in Bremen (dem Bundesland mit der höchsten Konzentration von Rüstungsproduktion) und in Schleswig Holstein;
- Liegenschaftskonversionsprojekte im großen Umfang in Hessen und Rheinland-Pfalz;
- Konversionsprojekte in Zusammenhang mit der Abwicklung der NVA in der DDR und dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus der DDR.

Rüstungskonversion war in einzelnen Fällen und Bereichen erfolgreich, aber eine vielfältige breite Umstellung militärischer Produktion auf zivile gab es nicht. Heute herrscht weltweit ein Klima der Konfrontation und der Aufrüstung. Eine gesellschaftliche Atmosphäre und Konstellation, die Rüstungskonversion wieder

ermöglicht, muss deshalb durch eine breite Koalition vor allem aus Gewerkschaften und Friedensbewegung erstritten werden.

Dazu bedarf es:

- der Überwindung der Aufrüstungspolitik in Deutschland, die sich an dem Ziel der NATO orientiert, 2% des Bruttosozialprodukts für das Militär auszugeben;
- eine Beendigung des expansiven Rüstungsexports;
- des Endes einer Politik, die Interventionskriege für „eigene Ressourcen und Handelswege“ als legitime Fortsetzung der Politik ansieht;
- des Drucks auf die Konzerne der Rüstungsindustrie und Politiker, die sich diesen Erfordernissen entgegenstellen.

Eine Umwandlung der Rüstungsproduktion in zivile, gesellschaftlich nützliche Produkte ist möglich und notwendig. Es erfordert einen längerfristigen Prozess, um Unternehmen von Rüstungsaufträgen unabhängig zu machen. Den dort Beschäftigten ist eine Tätigkeit auf einem zivilen Arbeitsplatz zu garantieren. Die zum großen Teil hochqualifizierten Beschäftigten könnten helfen, den Fachkräftemangel zu lindern.

Überlegungen, die in eine „neue Konversionsstrategie“ einfließen sollten:

1. Konversion ist ein gesellschaftliche gesamtstaatliche Aufgabe und nicht nur eine Produktionsumstellung in einem Betrieb. Ein nationaler Fond, gespeist aus ehemaligen Rüstungsausgaben und Gewinnen von Rüstungsunternehmen, ist ebenso unabdingbar notwendig wie Staatsaufträge für zivile Produkte und Dienstleistungen

gen. Rüstungskonversion kostet zumindest in der Startphase auch Geld, muss doch auch über eine Diversifizierung der Produktion sowie über eine intensive bezahlte Umschulung und Fortbildung der Beschäftigten nachgedacht werden.

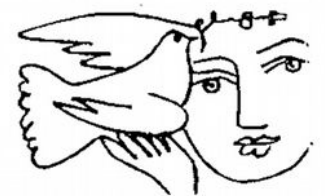
2. Die gesamte dual-use Produktion/Forschung muss mit einbezogen werden. Zivile Nutzung und Entwicklung darf nicht durch die Hintertür als umgedrehter „spin-off“ wieder militärisch genutzt werden. Dies gilt besonders für die Kommunikations- und Informationstechnologien.

3. Rüstungsproduktion ist staatliche Auftragsproduktion und Produktion für den Rüstungsexport mit gewaltigen Möglichkeiten der nachträglichen Preiserhöhungen (und der Korruption). Dies ist im zivilen Bereich so kaum möglich. Deshalb ist die Überführung von Rüstungskonzernen in gesellschaftliches Eigentum (Grundgesetz § 14,15) mit in die Diskussion einzubeziehen

4. Konversion wird nur mit der Mitbestimmung der Beschäftigten und der Gewerkschaften (z. B. Konversionsbeiräte) sowie der Zivilgesellschaft funktionieren. Dieses beinhaltet auch eine Produktionsmitbestimmung, geht es doch darum, die Umstellung zu nutzen, um zu nachhaltigen, gesellschaftlich sinnvollen Produkten zu gelangen. Jeglicher Rückfluss ins Militärische muss abgewendet werden.

Konversion ist ein wichtiger Schritt zur Wahrung und zum Ausbau des Friedens. Konversion sollte im Themenkatalog der Friedensbewegung verankert werden. Der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Berlin und Frankfurt, 26. August 2015



Der Bundesausschuss Friedensratschlag im Internet:

www.friedensratschlag.de

Ständig aktualisierte Rubriken:

- Die Woche in ausgewählten Online-Beiträgen
- Standpunkte in der Friedensbewegung
- Medienkritik
- Videos / Fotogalerien